

Name und Anschrift der verletzten Person

**Landesamt für Finanzen
Dienststelle Ansbach
Rechtsabteilung
Brauhausstraße 18
91522 Ansbach**

Abtretungserklärung

1. Ich trete meine Ansprüche auf Ersatz des Einkommensschadens aus meinem Unfall vom _____ in/bei _____ an den Freistaat Bayern (Arbeitgeber) im Umfang der mir aus Anlass des genannten Unfalles gewährten oder in Zukunft zu gewährenden Lohnfortzahlungen (einschließlich tarifrechtlicher Nebenleistungen) ab, soweit diese Ansprüche nicht bereits gesetzlich übergegangen sind.

Diese Abtretung erstreckt sich auf Ansprüche aus allen Rechtsgründen sowie gegen alle in Frage kommenden Ersatzpflichtigen und gilt auch hinsichtlich künftig entstehender oder fällig werdender Ersatzansprüche.

2. Über die oben genannten Ansprüche habe ich bis zur Abtretung Verfügungen (z.B. weitere Abtretungen, Vergleiche, Verzichte, Klagen, außergerichtliche Regulierung usw.)

- noch nicht getroffen
 folgender Art am _____ getroffen:

3. Mir ist bekannt, dass ich nach erfolgter Abtretung nicht mehr berechtigt bin, über die abgetretenen oder gesetzlich übergebenen Ansprüche zu verfügen oder sie in eigenem Namen geltend zu machen. Ein Verfügungsrecht besteht somit nur noch hinsichtlich der nicht übergebenen Ansprüche (z.B. Sachschaden, Heilbehandlungskosten, Schmerzensgeld)

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

Hinweise zum Datenschutz nach Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO):

Verantwortlich für die Verarbeitung ist das Landesamt für Finanzen, - Zentralabteilung - Rosenbachpalais, Residenzplatz 3, 97070 Würzburg (Telefon: 0931 4504-6770, E-Mail: datenschutzanfrage@lff.bayern.de).

Wir verarbeiten die Daten zur gerichtlichen und außergerichtlichen Wahrung der wirtschaftlichen und rechtlichen Interessen des Freistaats Bayern bzw. der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der Vertragsabwicklung bzw. Rechtsverfolgung, insb. der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen. Weiterer verfolgter Zweck der Datenverarbeitung sind die Wahrung der haushaltsrechtlichen Vorschriften des Freistaats Bayern bzw. der Bundesrepublik Deutschland und das Forderungsmanagement. Dabei ist auch den archivrechtlichen Vorschriften zu genügen.

Rechtsgrundlage der Verarbeitung sind Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e), Art. 6 Abs. 2, 3 DSGVO i.V.m. Art. 4 Abs. 1 BayDSG i.V.m. § 1 LfFV, ggf. i.V.m. § 2 VertrV, ZustV-Bezüge.

Informationen zur Verarbeitung der Daten und zu den diesbezüglichen Rechten finden Sie im Internet unter <http://www.lff.bayern.de/ds-info>. Sie erhalten diese Informationen auch unter obigen Kontaktdaten.